



Stellungnahme der Landeselternschaft der Gymnasien NRW. e.V. zum Entwurf einer Ordnung für den Vorbereitungsdienst und der Staatsprüfung für Lehrämter an Schulen (OVP)

Vorbemerkung

Die vorgeschlagenen Änderungen bringen den Referendaren vorwiegend Vorteile bei der Vereinbarung von Studium und Prüfungen sowie Unterricht und Praktika in den Schulen und werden von der LE positiv gesehen. Allerdings sollte der Erwerb von Fachwissen nicht zugunsten von Praxisanteilen zurückstehen, sondern weiterhin die Basis des Studiums und des Referendariats sein. Unbedingt erforderlich ist aber aus unserer Sicht die Erhöhung der Fortbildung der auszubildenden Lehrer an den Schulen und in den Zentren für schulpraktische Ausbildung.

Stellungnahme zu einzelnen Paragraphen

Zu § 5 Einstellung

Der veränderte Einstellungstermin zum 1. Mai ist aus Sicht der Landeselternschaft positiv zu bewerten, da selbstständiger Unterricht und auch Vertretungsunterricht der Referendare nun nicht länger in die Startphase und die Prüfungsphase am Ende des Referendariats fallen und somit eine höhere Kontinuität des Unterrichts für die Schüler gegeben ist.

Zu § 6 Dienstverhältnis

Die Landeselternschaft sieht es positiv, dass Referendare, die aus ausbildungsfachlichen Gründen für den späteren Lehrerberuf nicht geeignet sind, vor Eintritt in die Prüfungsphase ihr Referendariat beenden. Da für diese Entscheidung die Erteilung selbstständigen Unterrichtes eine wesentliche Grundlage ist, werden die Bedeutung des selbstständigen Unterrichtes und damit auch seine Qualität erhöht.

Zu § 7 Dauer des Vorbereitungsdienstes

Die Landeselternschaft hatte sich im Zuge der Novellierung des LABG dafür ausgesprochen, dass der Vorbereitungsdienst mindestens 12 Monate plus der erforderlichen Prüfungszeit umfassen sollte. Die nun gegenüber dem Entwurf abgeänderte Dauer des Vorbereitungsdienstes von 18 Monaten sieht die Landeselternschaft als akzeptablen Kompromiss an.

Zu § 10 Ausbildung an Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung

Die in Absatz 4 eingeführte personenorientierte Beratung führt auch aus Sicht der Landeselternschaft zu einer stärkeren Individualisierung der Ausbildung. Sie begrüßt die nun in der OVP enthaltenen Coaching-Elemente und das benotungsfreie Beratungskonzept.

Zu § 11 Ausbildung an Schulen

Insgesamt ist durch das neue Lehrerausbildungsgesetz und auch durch diesen Entwurf der OVP der Aufgabenumfang und die Verantwortung der einzelnen Schule für die Ausbildung der Lehramtskandidaten erheblich erhöht worden. Diese Aufgabenausweitung und Verantwortung führen zu einer erheblichen Mehrbelastung der Schulen, die sich auch in der Anzahl der Anrechnungsstunden für diese Aufgaben widerspiegeln müsste. Die Landeselternschaft hält daher die nach Absatz 6 vorgesehenen zwei Anrechnungsstunden für zu gering und fordert hier mindestens eine Verdopplung, da der selbständige Unterricht dringend einer Vor- und Nachbereitung durch die Ausbildungsschule bedarf, wenn er der Ausbildung des angehenden Lehrers dienen soll.

Zu § 15 Eingangs- und Perspektivgespräch

Das durch den Entwurf eingefügte Eingangs- und Perspektivgespräch führt ebenfalls zu einer stärkeren Individualisierung der Ausbildung. Die hierin entwickelten und vereinbarten Ziele sind verpflichtend und erhöhen somit die Verantwortung der Ausbildungsschule aber auch die Eigenverantwortung der Referendare. Aus Sicht der Landeselternschaft werden insbesondere auch durch die schriftliche Dokumentation des Gesprächs die Ausbildungsziele für alle Beteiligten klarer. Die Ausbildung in der Schule erfährt eine stärker vorgegebene Strukturierung. Hierdurch wird die Qualität der Ausbildung und die Vergleichbarkeit einfacherer sichergestellt.

Zu § 16 Langzeitbeurteilungen

Das Vorhaben, die Langzeitbeurteilung nicht mehr rein rechnerisch aus Bewertungen einzelner Ausbilder sondern vielmehr als eine Gesamtbetrachtung der gezeigten Leistungen zu ermitteln, begrüßt die Landeselternschaft vom Grundsatz her, da hierdurch eine fundiertere Beurteilung der Lehramtskandidaten ermöglicht wird. Die Landeselternschaft hält es für richtig, dass ein stärkeres Gewicht bei der Referendarausbildung auf die Schulpraktika gelegt wird. Die Langzeitbeurteilungen führen jedoch zu einer erheblichen Mehrbelastung der Ausbildungsschulen. Schulleitungen müssen für diese zusätzliche Arbeit angemessen entlastet werden.

Kritisch sieht die Landeselternschaft allerdings, dass ein Prüfling bei Vorliegen einer befriedigenden und einer mangelhaften Leistung bei der Langzeitbeurteilung zur Prüfung zugelassen wird. Aus Sicht der Landeselternschaft sollte keine der beiden Langzeitbeurteilungen schlechter als ausreichend sein.

Zu § 32 Unterrichtspraktische Prüfungen und Schriftliche Arbeiten

Der Wegfall der Hausarbeit und die Einführung von jeweils einer Schriftlichen Unterrichtsplanung pro Fach nach Absatz 5 trägt der Verkürzung des Referendariats Rechnung. Wesentlich für die Vergleichbarkeit und für einheitliche Standards der Ausbildung sind landesweit einheitliche Vorgaben und Beurteilungskriterien. Diese vermisst die Landeselternschaft im vorliegenden Entwurf.

Zu § 33 Kolloquium

Die Verkürzung des Kolloquiums von 60 auf 45 Minuten ist angesichts der jetzt in § 32 Abs. 7 eingeführten institutionalisierten 15-minütigen Gespräche zu den beiden Unterrichtspraktischen Prüfungen nachvollziehbar.

Zu § 34 Ermittlung des Gesamtergebnisses der Staatsprüfung

Die Gleichgewichtung der beiden Langzeitbeurteilungen gegenüber der am Prüfungstag getroffenen Bewertungen wird von der Landeselternschaft positiv gesehen, da

- das Prüfungsergebnis nun auf einer Beurteilung über einen längeren Zeitraum basiert,
- die Entscheidung über das Bestehen der Prüfung in wesentlich geringerem Maße von dem Ergebnis einer zufälligen Unterrichtsstunde abhängt,
- die Beurteilung der Schulpraktika ein stärkeres Gewicht erhält.

Zu § 42 Auswahl nach Bedarf

Die Landeselternschaft begrüßt es, dass in Anbetracht des starken Fachlehrermangels Bewerber für den Vorbereitungsdienst, die in einem Mangelfach ausgebildet werden sollen, vorab einen Ausbildungsplatz im Rahmen der festgelegten Quote erhalten. Auf diesem Weg kann dem dringenden Bedarf an Fachlehrern entgegengesteuert werden.

Düsseldorf, den 21.01.2011